

Eingliederungshilfen

Weniger Budget für Langzeitarbeitslose im Ortenaukreis



Von **Sophia Kaiser**

Fr, 28. Juli 2023 um 16:00 Uhr

Lahr

Im Januar 2023 hat das Bürgergeld Hartz IV abgelöst. So sollten Sanktionen abgebaut und im gleichen Zug Weiterbildungen gefördert werden. Die Budgets für diese Förderungen werden jedoch gekürzt.



Djahan Salar von der Neuen Arbeit Lahr (links) lud zu einem gemeinsamen Gespräch: Kai Whittaker vom Ausschuss für Arbeit und Soziales (von links), CDU-Bundestagsabgeordneter Yannik Bury, Clemens Litterst von der Freiburger Caritas, Sandra Junker und Katharina Haverkamp von der NAL, Ex-CDU-Bundestagsabgeordneter Peter Weiß und Silvia Kimpel, Leiterin des Jobcenters Ortenau. Foto: Sophia Kaiser

Diese Befürchtungen äußerten Djahan Salar, Geschäftsführer der Neuen Arbeit Lahr (NAL) und auch Silvia Kimpel, Leiterin der Kommunalen Arbeitsförderung Ortenaukreis, bei einem Gespräch mit der CDU Südbaden, zu dem der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Weiß geladen hatte. Auch CDU-Bundestagsabgeordneter Yannik Bury und Kai Whittaker, Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales, waren der Einladung gefolgt. Konkret eingespart werden soll der Etat für die Eingliederungshilfe, die es Langzeitarbeitslosen ermöglichen soll, wieder im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Währenddessen für dieses Jahr noch 4,4 Milliarden Euro für Eingliederungshilfen zur Verfügung standen, sind es im kommenden Jahr nur noch 4,2.

CDU fordert flexible Verteilung der Gelder für Eingliederungshilfen unter den Jobcentern

Auch Verwaltungsbudgets sollen gekürzt werden, erzählt Bury. Inflation oder Mehraufwand durch Geflüchtete aus der Ukraine, die in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen – Kimpel nennt eine Vielzahl von Teuerungen, die das Verwaltungsbudget belasten. Und damit auch die Eingliederungshilfe, denn beide Budgets können flexibel genutzt werden. "Im Ortenaukreis fehlen im kommenden Jahr bis zu einer Million Euro", erklärt Kimpel. Etwa zehn Prozent weniger Gesamtbudget, das eigentlich zur Förderung der Langzeitarbeitslosen und für Projekte wie die Inklusionsarbeit der NAL benötigt werde.

"Die Änderung trifft besonders unsere Region, da im Ortenaukreis die Eingliederungshilfen stark genutzt werden."

Yannik Bury

Im Ortenaukreis werden aktuell 60 Personen durch Eingliederungshilfen unterstützt. Dazu kommen 194 Personen, die mit einer Arbeitsgelegenheit (AGH) beschäftigt sind. Schon in diesem Jahr könne man nur zehn weitere Personen fördern, so Kimpel. "Die Änderung trifft besonders unsere Region, da im Ortenaukreis die Eingliederungshilfen stark genutzt werden", so Bury. Der Vorschlag der CDU Südbaden: Die starre Verteilung der

Budgets auf die einzelnen Jobcenter müsse überdacht werden. Viel eher könne eine flexible Verteilung ungenutzter Gelder für Eingliederungshilfen unter den Jobcentern eine Entlastung schaffen.

Arbeitsmarkt: In Südbaden sind noch rund 5000 Ausbildungsstellen unbesetzt

Kimpel übt zudem Kritik an dem Plan der Bundesregierung, arbeitslose Jugendliche in Zukunft durch die Arbeitsagenturen betreuen zu lassen. Im Jobcenter betreue man oft die ganze Familie, könne daher individueller auf die Jugendlichen, unter anderem mit Coachings, eingehen. Außerdem seien die Jobcenter lokaler organisiert. In einem gemeinsamen Brief hat der Deutsche Städtetag bei Arbeitsminister Hubertus Heil gegen diesen Beschluss, über den im November entschieden werden soll, protestiert.

Ressort: [Lahr](#)

Zum Artikel aus der gedruckten BZ vom Sa, 29. Juli 2023:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)

» Webversion dieses Zeitungsartikels: [Weniger Budget für Langzeitarbeitslose](#)

Kommentare

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kommentarfunktion ist aktuell geschlossen, es können keine neuen Kommentare veröffentlicht werden.

Öffnungszeiten der Kommentarfunktion:

Montag bis Sonntag 6:00 Uhr - 00:00 Uhr